

Kohnert, Dirk

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Westafrika - 1993

Suggested Citation: Kohnert, Dirk (1994) : Westafrika - 1993, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1993: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 76-81

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301827>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Westafrika - 1993

Politische Entwicklung

Die internationale Staatengemeinschaft beobachtete weiterhin aufmerksam die Bemühungen der einzelnen westafrikanischen Staaten um Demokratisierung und Liberalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. In Nigeria (12.7.), Togo (25.8.) und Guinea (19.12.) standen sogenannte "Gründungswahlen" (founding elections) an; diese sollten - zumindest formell - über die Einrichtung eines Mehrparteiensystems und die Legitimierung der Regierung durch demokratische Wahlen, den Grundstein der Demokratisierung legen. Diese Demokratisierungsbemühungen waren aber nicht von Erfolg gekrönt. Die herrschenden Diktatoren und deren Klientel saßen noch zu fest im Sattel. Sie dachten nicht daran, ihre Macht mit demokratisch legitimierten Parteien zu teilen. In Togo und Guinea kam es bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen zu so massiven Manipulationen seitens der Regierungen oder der ehemaligen Einheitsparteien, daß sich die Mehrheit der internationalen Wahlbeobachter und ein großer Teil der Opposition bereits vor den Wahlen zurückzog, um diese nicht noch durch ihre Anwesenheit zu legitimieren (s. Länderberichte zu Guinea und Togo). In Nigeria beteiligten sich alle Kräfte der Opposition gegen die Fortführung der Militärregierung - trotz bekannter Manipulationen seitens der Regierung - an den Präsidentschaftswahlen, die von der Gemeinschaft der internationalen Beobachter als "im großen und ganzen frei und fair" beurteilt wurden. Hier annullierten die Militärs jedoch nachträglich das Wahlergebnis, weil der offensichtlich erfolgreiche Kandidat (M. Abiola) nicht ihren Vorstellungen entsprach (s. Nigeria). Nur im Niger verliefen die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen (14.2. u. 27.3.) gemäß liberal-demokratischen Regeln.

Der allgemeinen Euphorie der demokratischen Erneuerung in den frühen 1990er Jahren machte nun in der Bevölkerung immer mehr Frustration über die Unterdrückung der Opposition, die oft noch von politischer Verfolgung und staatlichem Terror begleitet wurde Platz. Menschenrechtsverletzungen in Nigeria und Togo waren auch das Thema auf der 13. Jahrestagung der African Commission on Human and Peoples Rights in Banjul (Gambia) vom 29.3. bis 7.4. die sich auf die Diskussion der Berichte der nationalen Menschenrechts-Kommissionen dieser beiden Staaten konzentrierte. Bemerkenswerterweise beginnt sich in Afrika die universalistische Konzeption von Menschenrechten durchzusetzen: Nach anfänglichen Vorbehalten u.a. Nigerias und Kenias gelang es z.B. Ibrahim Fall (Senegal) in der Vorlage für die UNO-Menschenrechts-Konferenz in Wien (im Juni) die universalistische Konzeption als gemeinsame afrikanische Position durchzusetzen. Auch die Ernennung des senegalesischen Ökonomen Pierre Sané zum neuen Leiter von amnesty international (ai), London, wurde als Zeichen an Afrika und die Dritte Welt für den Einsatz allgemeingültiger menschlicher Grundrechte gewertet; Sané gilt als Verfechter universeller, unteilbarer menschlicher Grundrechte. ai war denn auch einer der schärfsten Kritiker der Menschenrechtsverletzungen in Nigeria und Togo, zu denen sie im Laufe des Jahres detaillierte Dokumentationen vorlegte.

Flucht vor staatlichem Terror, Vertreibung und politische Verfolgung war ein brennendes Problem in den vom Bürgerkrieg zerrütteten Staaten Liberia und Sierra Leone sowie in Togo. Die

Fluchtbewegungen konzentrierten sich immer mehr auf die ohnehin schon durch die andauernde Wirtschaftskrise belasteten afrikanischen Nachbarstaaten. In Ghana und Benin befanden sich beispielsweise noch zu Jahresende ca. 350.000 togoische Flüchtlinge (s. Länderberichte). Zum einen, weil den meisten Flüchtlingen die Mittel fehlten, um weiter zu reisen, zum anderen aber auch weil die rigiden Einwanderungs- und Asylbestimmungen der EU ihre Wirkung zu zeigen beginnen. Die Zahl der schwarzafrikanischen Asylbewerber in Europa - an denen die Westafrikaner der Löwenanteil ausmachten - ging erheblich zurück; die Zahl ghanaischer Asylbewerber in Deutschland sank beispielsweise gegenüber dem Vorjahr um 72% (von 6 994 (1992) auf 1 973 (1993)). Zairois (2 896; - 65%), Nigerianer, Liberianer und Togoer bildeten den Hauptanteil afrikanischer Asylbewerber in Deutschland.

Der Wahlsieg der Konservativen in Frankreich im März blieb nicht ohne Auswirkungen auf die französische Afrikapolitik. Paris sah sich nun erst recht gehalten, seine alten afrikanischen "Freunde" - Diktatoren wie Eyadéma oder Mobutu - nicht in Stich zu lassen. Das zeigt sich vor allem bei der parteilichen Beurteilung der politischen Lage (Präsidentchaftswahlen) in Togo. Die Entwicklung der Krise des CFA-Franc machte Frankreich allerdings auch die Grenzen und finanziellen Kosten eines Alleingangs gegenüber anderen Mitgliedstaaten der internationalen Gebergemeinschaft deutlich. Als die Kapitalflucht aus dem F CFA Mitte des Jahres auf Grund der drohenden Abwertung besorgniserregende Dimensionen annahm, kündigte Frankreich am 21. 9. auf einem Treffen der CFA-Zone in Abidjan seine Bereitschaft zur Finanzierung des Zahlungsbilanz-Defizits der CFA-Mitgliedstaaten ohne vorherige Strukturanpassungsabkommen mit dem IWF auf (s. Kap. Sozio-ökonomische Entwicklung). Paris hatte bis zu diesem Zeitpunkt immer wieder sein besonderes Verhältnis zu seinen ehemaligen afrikanischen Kolonien hervorgehoben. Gegenüber den Forderungen von IWF und Weltbank nach politischer Konditionierung setzte Paris auf dirigistische administrative Lösungen und betonte, daß es seine afrikanischen Partner nicht fallen lassen würde; nun sprachen einige dieser enttäuschten Partner allerdings bereits von "Verrat".

Sozio-ökonomische Entwicklung

Die sich zuspitzende Krise des CFA-Franc - insbesondere die Kapitalflucht und Devisenspekulation, die bis zur Einschränkung der freien Konvertibilität des Franc-CFA ab 2.8. besorgniserregende Dimensionen annahm - dominierte die Diskussion um wirtschaftliche Entwicklung besonders in den frankophonen Staaten Westafrikas.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß wesentliche Kriterien einer erfolgreichen Wirtschafts- und Währungsunion im Rahmen der UMOA und CESA0 nicht erfüllt wurden: Die Infrastruktur in der CFA-Zone war nach wie vor nicht an Bedürfnissen der CFA-Länder ausgerichtet, sondern behinderte die Faktormobilität; hohe Arbeitslosenraten, die sich in den letzten Jahren verdreifachten, bei gleichzeitiger Verdopplung des Anteils der Armen, waren dafür ein Indikator. Die Preis- und Lohnflexibilität war in den CFA-Ländern stark (nach unten) eingeschränkt. Das galt besonders für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst: ein Staatsfunktionär verdiente in der Côte d'Ivoire oder Burkina Faso 1993 beispielsweise das 15-fache des durchschnittlichen Pro-Kopfeinkommens, in Nigeria und Ghana nur das drei- bzw. neunfache; eine ähnliche Einkommensschere galt im (formellen) industriellen Sektor. Die Mitgliedschaft in der CFA-Zone hatte auch keine signifikante Auswirkung auf die Zunahme des intraregionalen Handels in der UMOA: nur 12% des Außenhandels wurden innerhalb der CFA-Zone abgewickelt. Kurz gesagt, statt das Wachstum anzukurbeln, bewirkte nicht zuletzt die Mitgliedschaft in der CFA-Zone eine Abnahme des realen Pro-Kopfeinkommens in den CFA-Ländern seit 1985 um ca.

40%; diese Entwicklung war weltweit einzigartig, und nur noch mit dem wirtschaftlichen Niedergang der Sowjetunion zu vergleichen. Neben den wirtschaftlichen und außenpolitischen Determinanten gab es für die CFA-Krise jedoch auch interne gesellschaftliche und politische Ursachen. Das im April vorgestellte Programm der für 1994 geplanten Ausweitung der UMOA auf eine Wirtschafts- und Währungsunion der 7 frankophonen westafrikanischen Staaten (UEMOA) trug dem jedoch keine Rechnung; statt die Liberalisierung und Demokratisierung der Wirtschaft zu fördern, wiesen die Entwürfe der UEMOA-Verträge eher eine anti-demokratische, von französischem Zentralismus geprägte Einstellung auf - analog zu dem bereits in der EG gescheiterten Delors-Plan -, wie namhafte afrikanische Kritiker (z. B. M. Koulibaly, Ökonom an der Univ. von Abidjan) kritisierten. Ob so die geplante Ankurbelung der lokalen Produktion gelingt, bleibt zweifelhaft; vielmehr schimmerte hier die alte Konkurrenz zwischen frankophonen und anglophonen Eliten und die Angst vor einer übermächtigen Position der Anglophonen in der ECOWAS wieder durch.

Ein weiteres Thema in den Schlagzeilen der Presse waren weiterhin die katastrophalen Folgen der Rindfleisch-Exporte der EG nach Westafrika, die seit Jahren bekannt sind aber von Agrar-Lobbyisten in der EG und im Bonner Landwirtschaftsministerium weiterhin gefördert werden. Dabei wird der europäische Steuerzahler gleich vierfach geschöpft: Erstens zur Subvention der Rindfleischproduktion, die den Eigenbedarf weit (um ca. 10%) übersteigt; zweitens zur Subvention der Beseitigung der Überschüsse (mittlerweile 1,2 Mio t); drittens zur Finanzierung von Projekten der Entwicklungshilfe zur Verbesserung der Viehhaltung in Westafrika und viertens zur Katastrophenhilfe zur Beseitigung der fatalen Folgen für die Opfer der EG-Agrarpolitik in Afrika. Die Folgen für die 2 - 3 Mio. Viehnomaden der Sahelländer sind einschneidend: Die EG zahlt beispielsweise 4,- DM Exportsubvention für ein Kilo Rindfleisch, das in der Côte d'Ivoire für 1,- DM bis 1,50 DM an die Händler gegeben wird, die dieses Fleisch um bis zu zwei Drittel billiger anbieten können als lokales Rindfleisch; damit wird die lokale Produktion unprofitabel. Noch in den 1970er Jahren war Westafrika Selbstversorger in Rindfleisch. Die Côte d'Ivoire, die früher nur 10% ihres Fleischbedarfs von nicht afrikanischen Staaten importierte, führt mittlerweile gut ein Drittel aus Europa ein. Seit 1984 hat die EG mehr als ECU 400 Mio. als Exportsubvention zum Absatz von Rindfleisch in Westafrika ausgegeben. Auf Grund der massiven Proteste verschiedener Hilfsorganisationen und Regierungen (u.a. Minister Spranger, BMZ) reduzierte die EG im Juni ihre diesbezüglichen Exportsubventionen um 15%. Ähnliches gilt auch für die übrige EG-"Nahrungsmittelhilfe". So beeinträchtigen subventionierte Reisimporte die heimische Nahrungsmittelproduktion. Der Reiskonsum in Westafrika hat seit 1980 stark zugenommen. Die Reisimporte der Region stiegen jährlich um 5,5% an und verdoppelten sich bis 1992 auf 6,6 Mio t; damit wies Reis die stärksten Wachstumsraten von allen Getreideimporten auf. In den urbanen Zentren zählt Reis - früher ein Nahrungsmittel der Wohlsituierten - mittlerweile zum wichtigsten Grundnahrungsmittel und verdrängt lokal produzierten Mais oder Hirse.

Die Ernennung des Senegalesen, Jacques Diouf (Agrarökonom) zum Generaldirektor der FAO, der größten VN-Sonderorganisation, im November, wurde als Zeichen gewertet, daß Schwarzafrika nunmehr ein größerer Stellenwert in der Arbeit der Welternährungsorganisation eingeräumt wird, der man unter dem vorherigen Chef, Eduard Sauma vielfach nur die "Verwaltung des Hungers" vorwarf, u.a. weil 40% des Budgets allein für die Gehälter der 6.000 FAO-Mitarbeiter ausgegeben wurden.

Auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge waren dagegen Erfolge aufzuweisen. Im August gab der Direktor des Onchiozerosen-Bekämpfungsprogrammes (OCP), Dr. Samba, bekannt, daß die Flußblindheit (Onchioceroose), einst eine Geißel Westafrikas, effektiv eingedämmt werden konnte und bis zum Jahr 2.000 ausgerottet sein wird. Die Krankheit hatte zu Zeiten des Höhepunktes der Verbreitung z.B. nahezu 15% der Bevölkerung in dem Volta-becken Westafrikas (ein Gebiet von der

dreifachen Größe Frankreichs) oder 18 Mio Menschen befallen; 50-60% der Erwachsenen Bevölkerung in den betroffenen Flußgebieten waren erblindet.

Die "afrikanische Krise" hatte auch Auswirkung auf Kultur und Kriminalität: Das äußerte sich nicht nur in der allgemein beklagten Zunahme der Kriminalität in den Großstädten wie Lagos, Kano, Cotonou oder Abidjan sondern auch in Kunstraub, der Plünderung von Ausgrabungsstätten und Museen, sowie dem Verfall der dort aufbewahrten Kunstwerke mangels Geld und Interesse; letzteres nahm insbesondere in Nigeria besorgniserregende aggressive Dimensionen an. Am 18.4. wurden bei einem spektakulären Kunstraub im Museum von Ife 12 Meisterstücke der Ife-Kultur (14. u. 15. Jahrhundert) gestohlen; ähnliche Kunstdiebstähle im Museum von Lagos, dem Institute of African Studies, Univ. Ibadan, etc. häuften sich seit dem Beginn der 1980er Jahre. Der internationale Museums-Rat (ICOM), dem ca. 120 Staaten angehören, organisierte im Sept. in Arusha (Tanzania) eine Konferenz, um über Maßnahmen gegen den illegalen Handel mit afrikanischen Kunstwerken zu beraten; eine weitere regionale Konferenz ist für Herbst 1994 in Mali geplant.

Zwischenstaatliche Beziehungen

Die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen war geprägt durch die neue französische Afrikapolitik im Gefolge des Wahlsiegs der konservativen Rechten in Frankreich im März und der sich im Laufe des Jahres grundlegend wandelnden Position der französischen Regierung bezüglich Lösungsvorschlägen zur Krise des CFA-Franc (s.o.). Manche Staatsmänner des frankophonen Afrika, wie der am 7.12. verstorbene ivoirische Staatspräsident Houphouët-Boigny, warfen Frankreich vor, sich dem Diktat des IWF aus opportunistischen Gründen zu beugen und fühlten sich im Stich gelassen. Der Tod Houphouët-Boignys symbolisierte auch das Ende der Ära besonderer konservativer persönlicher und politischer Beziehungen zwischen den *Messieurs Afrique* aus Wirtschaft und Politik in der *chasse gardée* des frankophonen Afrika.

Der seit Jahren andauernde Bürgerkrieg in Liberia führte zu Konflikten mit den benachbarten Staaten Sierra Leone, Côte d'Ivoire und Guinea, von deren Staatsgebiet aus angeblich verschiedene Fraktionen der am Bürgerkrieg beteiligten Parteien Unterstützung erhielten (s. Länderberichte). Der Friedensstreitmacht der ECOWAS - ECOMOG - gelang es in Zusammenarbeit mit den VN im Laufe des Jahres zu einer Schlichtung dieses Bürgerkrieges beizutragen (s. Liberia). Der ebenfalls schon seit Jahren schwelende Grenzkonflikt zwischen Senegal und Guinea-Bissau um den Verlauf der maritimen Grenze konnte am 14.10. in Dakar auf dem Verhandlungswege beigelegt werden. Zur Jahreswende 1993/94 kam es zwischen Nigeria und Kamerun zu einem Grenzstreit um die hauptsächlich von Nigerianern bevölkerte Bakassi-Halbinsel, die strategische Bedeutung für die Kontrolle der off-shore Erdölvorkommen sowie für den Seehafen von Calabar besitzt (s. Nigeria).

ECOWAS

Das für den 28./29.1. geplante außerordentliche Gipfeltreffen der ECOWAS in Abudja (Nigeria) wurde ohne Festsetzung eines neuen Termins verschoben; weniger als zwei Drittel der Mitgliedsländer hatten ihre Teilnahme zugesagt, was nicht ausreichte, um die Beschlußfähigkeit über die anstehende Frage der Änderung der ECOWAS-Verträge zu garantieren. Das dadurch offensichtlich gewordene mangelnde politische Interesse an schnellen Beschlüssen um die wirtschaftliche und politische Integration Westafrikas voranzutreiben, warf einen Schatten voraus auf das Gipfeltreffen, das dann im Juli (21.-24.7.) in Cotonou doch noch zustande kam. Der Exekutivsekretär der ECOWAS, Dr. Abass Bundu

(Sierra Leone), wies bereits auf einer Pressekonferenz zum 18. Jahrestag der Organisation am 26.5. in Lagos darauf hin, daß eine Voraussetzung für eine effektive Integration eine Konzentration der Kräfte auf die ECOWAS als alleinige Wirtschaftsgemeinschaft zur regionalen Integration in Westafrika sei. In der Region gab es neben der ECOWAS noch mindestens 30 staatliche Organisationen und zwei Wirtschaftsgemeinschaften mit ähnlichen Zielen; insbesondere die Ausweitung der UMOA (s.o.) wurde von Nigeria und anderen anglophonen Ländern als unnötige Verzettelung der ohnehin knappen Ressourcen und als Konkurrenz empfunden. Trotzdem galt vielen Politikern der 24.7., an dem die ECOWAS offiziell während des 16. Gipfeltreffens in Cotonou die neuen Verträge verabschiedete, als Wendepunkt in der Geschichte der Organisation. Der amtierende ECOWAS Präsident, Nicéphore Soglo (Staatsoberhaupt Benins), der für ein weiteres Jahr in seinem Amt bestätigt wurde, faßte die wichtigsten Punkte des neuen Vertrages wie folgt zusammen: die Mitgliedsstaaten geben ein Teil ihrer Souveränität an die ECOWAS ab, das neue Prinzip der Supra-Nationalität drückt sich auf wirtschaftlichem Gebiet durch die "exekutive Natur der Entscheidungen" und auf dem Gebiet internationaler Beziehungen durch die Bildung eines ECOWAS-Parlamentes, eines Wirtschafts- und Sozialrates und eines Gerichtshofes der Wirtschaftsgemeinschaft aus. Der Vertrag sieht außerdem die Verpflichtung zur Intervention im Falle von Konflikten innerhalb oder zwischen den Mitgliedstaaten vor, denn - so Soglo - "keine Frage, die mit dem Frieden oder der Sicherheit in unseren Staaten zusammenhängt, kann (nur) als eine Frage nationaler Souveränität betrachtet werden". Die Vertragsrevision sieht einen Mechanismus zur Intervention vor, mit dem frühere Versuche des Konfliktmanagement, wie das Nicht-Angriffs-Protokoll von 1979 und die Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung im Verteidigungsfall von 1981 verbindlicher geregelt werden. Außerdem soll die neue Regelung dem ECOWAS-Sekretariat ermöglichen, auch externe finanzielle Mittel zu diesem Zweck einzuwerben und so die Finanzplanung von den nationalen Haushaltsplänen abzukoppeln, denn der Gemeinschaftsetat von nur \$ 10 Mio. reicht nach einhelliger Ansicht der Mitgliedsländer für die Aufgaben der ECOWAS nicht aus, zumal es laut Bundu einige chronische säumige Zahler unter den Mitgliedsstaaten gab. Das neue Abkommen empfiehlt daher wirksamere Sanktionen für schuldhafte Pflichtversäumnisse gegenüber der Gemeinschaft. Das Komitee von "eminent persons" unter Leitung des früheren nigerianischen Staatschefs General Yakubu Gowon, das zur Ausarbeitung des neuen Vertrages eingesetzt worden war, hatte sogar noch weitergehende Vorschläge gemacht, die eine Erhebung einer Abgabe vorsahen, ein Vorschlag der unter den Mitgliedsstaaten nicht konsensfähig war. Immerhin konnte Bundu stolz darauf verweisen, daß 80% der Projekte im Bereich der Freizügigkeit des Verkehrs zwischen den Staaten (z.B. Abbau von Straßenkontrollen, gemeinsame Ausweis- u. Reisedokumente), der Infrastruktur (z.B. Seetransport, ländliche Wasserversorgung und Kontrolle der Wasserhyazinthe), des Straßennetzausbaues (z. B. trans-national highway programm) und der Telekommunikation erfolgreich beendet wurden. Die Gouverneure der Zentralbanken der Mitgliedstaaten verabschiedeten außerdem einen Protokollentwurf zur Harmonisierung der fiskalischen und monetären Strukturen, um die Einführung einer gemeinsamen Währung bis zum Jahre 2.000 vorzubereiten. Das West African Clearing House (WACH, eine Unterorganisation der ECOWAS) soll nun in eine autonome Organisation, die West African Monetary Agency (WAMA), mit erweiterten Aufgaben auf dem Gebiet der Handels- und Währungsliberalisierung umgewandelt werden. Die 10 anwesenden Staatschefs unterstrichen abschließend die Notwendigkeit, durch den effektiven Einsatz der ECOMOG-Friedenstruppe der Organisation ein schnelles Ende des Bürgerkrieges in Liberia zu erreichen (zur ECOMOG s. Liberia). Die Gesamtkosten des bisherigen ECOMOG-Einsatzes werden auf \$ 250 - 500 Mio. geschätzt, wovon allein Nigeria 70 - 80 % getragen haben dürfte. Die USA unterstützten die ECOMOG-Operationen im Jahre 1993 mit ca. \$ 30 Mio. Edouard Benjamin, ehemaliger Finanzminister Guineas, wurde auf dem 16. Gipfeltreffen als neuer ECOWAS-Generalsekretär gewählt; er löste Bundu als Exekutivsekretär der Gemeinschaft ab.

Andere Regionalorganisationen

Am 3.1. wurden auf einer außerordentlichen Sitzung der CILSS in Ouagadougou die aktuelle Finanzkrise besprochen; das Defizit von F CFA 629 Mio. soll durch eine Strukturreform, Personalabbau sowie die Einforderung von Beitragsrückständen abgebaut werden. Auf einem Treffen zwischen CILSS und Islamic Conference Organisation (ICO) in Ouagadougou gab die ICO bekannt, daß sie der CILSS F CFA 106 Mrd. für deren Programme zur Bekämpfung der Saheldürre zur Verfügung stellt. Auch die OMVS fand sich am 18.8. in Dakar zu einem außerordentlichen Treffen zusammen, um über drängende Finanzprobleme zu sprechen und über ein neues Energieprogramm zu entscheiden. Im April legte die UMOA einen Vertragsentwurf zur 1994 geplanten Ausweitung zu einer Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft vor; diese Pläne stießen auf einige Kritik (s.o.). Die Westafrikanische Entwicklungsbank (BOAD) feierte am 13.11. ihren 20. Jahrestag. Seit 1973 hat die Bank nahezu F CFA 170 Mrd. an Krediten an die 7 Mitgliedsländer vergeben.

Dirk Kohnert

Chronologie: Westafrika 1993

- 9.1. Ministerrat des CILSS kündigt grundlegende Reorganisation und Kosteneinsparung an
- 15.1. Erste Regional-Konferenz für den Schutz der Elefanten und gegen Elfenbeinhandel in Westafrika
- 29.3.-7.4. 13. Jahrestagung der Afrikanischen Menschenrechtskommission (ACHPR) in Banjul
- 12.5. Jahreshauptversammlung des BAD und FAD (Fonds africain de développement) in Abidjan
- 24.5. UNHCR verkündet umfassendes Programm zur freiwilligen Rückkehr und Reintegration von ca. 100.000 Malier
- 2.7. Kämpfe zwischen Befreiungsbewegungen aus Liberia und Sierra-Leone an der gemeinsamen Grenze
- 22.7. Eröffnung des 12. Gipfeltreffens der ECOWAS. Unterzeichnung eines neuen ECOWAS-Vertrages mit mehr multilaterale Kompetenzen (Prinzip der Supranationalität, das der Organisation die Möglichkeit zur Schlichtung regionaler Konflikte gibt) am 24.7.
- 2.8. Einschränkung der Konvertibilität des Franc CFA
- 21.8. Côte d'Ivoire und Brasilien planen 20% des Kaffeeexports zwecks Preisstabilisierung zurückzuhalten
- 22.8. OAU beschließt, Wahlbeobachter nach Togo zu entsenden
- 10.9. Burkina unterzeichnet Handelsabkommen (preferential trade system) mit Mitgliedstaaten der islamischen Handelsunion ICO, der in WA auch Senegal und Guinea angehören.
- 12.9. Mali und Mauretanien erzielen Übereinkunft über gemeinsame Grenze
- 21.9. Frankreich bindet Zahlungsbilanzhilfe für CFA-Länder an vorherige Übereinkunft mit IWF.

Verzeichnis regionaler Organisationen:

- Autorité du Bassin du Niger (ABN); gegründet: 1964; Sitz: Niamey (Niger); 9 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Kamerun, Mali, Niger, Nigeria, Tschad - Exekutivsekretär: Aliyu Magagi (Nigeria)
- Autorité de Développement intégré de la Région du Liptako-Gourma; gegründet: 1972; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 3 Mitglieder: Burkina Faso, Mali, Niger - Generalsekretär: Sulimane Ganou (Niger)
- Banque Centrale des Etats de L'Afrique de l'Ouest (BCEAO); gegründet: 1962; Sitz: Dakar (Senegal); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Niger, Senegal, Togo; - Gouverneur des Verwaltungsrates: Charles Konan Banny (Côte d'Ivoire; ab 1.1.94).

- Banque Ouest Africaine de Développement (BOAD); gegründet 1973; Sitz: Lomé (Togo); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali (ab 1984), Niger, Senegal, Togo - Präsident: Aboubakar Baba-Moussa
- Commission du Bassin du Lac Tchad (CBLT); gegründet: 1964; Sitz: N'djamena (Tschad); 4 Mitglieder: Kamerun, Niger, Nigeria, Tschad - Exekutivsekretär: Abubakar B. Jauro
- Comité Inter Etats de Lutte Contre la Sécheresse dans le Sahel (CILSS); gegründet: 1973; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 9 Mitglieder: Burkina Faso, Gambia, Guinea-Bissau, Kap Verde, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Tschad - Vorsitz: Burkina Faso (bis 1995); Exekutivsekretärin: Mrs. Mariam Kaidama Cisse (Mali)
- Communauté Economique de l'Afrique de l'Ouest (CEAO); gegründet: 1974; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal; Beobachterstatus: Guinea, Togo - am 14./15. 03.94 nach der CFA-Abwertung aufgelöst zugunsten der neu gegründeten UEMOA
- Conseil d'Entente; gegründet: 1959; Sitz: Abidjan (Côte d'Ivoire); 5 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Niger, Togo - Sekretär: Paul Kaya
- Economic Community of West African States (ECOWAS) / Communauté Economique des Etats de l'Afrique de l'Ouest (CEDEAO); gegründet: 1975; Sitz: Abuja (Nigeria); 16 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kapverden, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo - Vorsitz: Benin (Staatspräsident Nicéphore Soglo); Exekutivsekretär: Edouard Benjamin (Guinea)
- Mano River Union (MRU); gegründet: 1973; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 3 Mitglieder: Guinea, Liberia, Sierra Leone - Generalsekretär: A. Diallo (Guinea)
- Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Gambie (OMVG); gegründet: 1978; Sitz: Dakar (Senegal); 4 Mitglieder: Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Senegal - Generalsekretär: M.N. Diallo (Guinea)
- Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Sénégal (OMVS); gegründet: 1972; Sitz: Dakar (Senegal); 3 Mitglieder: Mali, Mauretanien, Senegal (Aufnahme von Guinea 1987 beschlossen, aber noch nicht vollzogen) - Präsident: Mohamed Lamine Ould Ahmed (mauret. Minister f. Wasser u. Energie); Generalsekretär: Founéké Keita (Mali)
- Union Monétaire Ouest-Africaine (UMOA); gegründet: 1959; Sitz: Dakar (Senegal); 7 Mitgliedsstaaten: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali (ab 1984), Niger, Senegal, Togo.
- Union Economique et Monétaire Ouest-Africaine (UEMOA / WAEMU); gegründet: 11.01.94; Sitz: Dakar (Senegal); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Niger, Senegal, Togo. - Präsident: Usmane Ouedraogo (Finanzminister Malis)
- West African Clearing House (WACH);gegründet: 1975; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 16 Mitgliedsländer: (wie ECOWAS) - Exekutivsekretär: E.O. Akinnitesi (Nigeria); im Febr. 1993 ausgeweitet zur autonomen Organisation West African Monetary Agency (WAMA)
- West African Examinations Council (WEAC); gegründet: 1975; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 5 Mitglieder: Gambia, Ghana, Liberia, Nigeria, Sierra Leone - Vorsitz: E. Evans-Anfom (Gambia)
- West African Rice-growing Development Association (WARDA); gegründet: 1970; Sitz: Bouaké (Côte d'Ivoire); 8 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Niger, Nigeria, Senegal, Togo - Generalsekretärin: Zainabou Maikourema (Niger)